

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1928

69 (21.3.1928)

Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“
Die Musikfunde / Sport und Spiel / Heimat und Wandern
Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenschutz

Nummer 69 Karlsruhe / Mittwoch, den 21. März 1928 48. Jahrgang

Die Entschädigung für die vertriebenen Auslandsdeutschen

Berlin, 20. März. (Eig. Draht). Der Reichstag wurde am Dienstag in der Wandelhalle viel ge- und gemittelt auf Kosten eines deutschen Nationalen Berliner Tagungsblattes. Dieses Organ monarchistischer Intelligenz ist einer parlamentarischen Verschwörung auf die Spur gekommen. Unter der Leitung des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. D. S. B. soll sich ein lebendiges Geheimkomitee der drei Parteien gebildet haben, um jetzt schon die Ministerlisten zu entwerfen. Von allen Seiten her meldeten sich schmerzhafteste Mitglieder beim sozialdemokratischen Abgeordneten Landmann an, der Leiter von diesem Stellensmittlungsbüro für Minister aus der deutschen Nationalen Zeitung erfahren hat.

Der Zentrumsausschuss hat den ungenügenden Inhalt des Gesetzes an. Er machte die Regierung, in der bekanntlich ununterbrochen Zentrumsmittler geübt haben, den Vorwurf, daß sie seit Jahren die Förderung dieser Angelegenheit vernachlässigt haben. Seit heute die ganze Sache einen unbetriebligen Charakter. Auch der deutschvolksparteiliche Abgeordnete Kausch hatte viel an dem Gesetz zu kritisieren. Er hielt im übrigen eine moralische Entschuldigung über barbarische Kriegshandlungen. Selbstverständlich sieht er die Kriegsverbrechen nur bei den anderen.

Nachdem noch eine Reihe von weiteren Rednern gesprochen hatte, so der kommunistische Abgeordnete Zabel, der ebenfalls das Gesetz ablehnte, wurde die weitere Aussprache auf Mittwoch vertagt.

Zur Steuerpolitik
brachte, wie im geistigen Reichstagsbericht bereits erwähnt, Reichstagsabgeordneter Stefan Meier, Freiburg, in seiner Rede zum Saushalt des Reichstags ein interessantes Material, dem wir folgendes entnehmen: „Weil noch immer das Existenzminimum viel zu niedrig angesetzt worden ist, erfüllen die Steuerbehörden in Arbeit. Die sechs Prozent Steuerpflichtigen der untersten Einkommensstufe bringen nur den Betrag von hundert Millionen, die übrigen 40 Prozent dagegen 1250 Millionen. Die Ergebnis der halben Arbeit würde also nur geringfügige Steuererlöse zur Folge haben. Leider haben die Regierungsparteien unsere Anträge auf

Entlastung der kleinen und kleinsten Existenzen abgelehnt; ihre Beschlüsse sind keine Erfüllung der lex Brüning, die eine Senkung der Lohnsteuer verbot. Vor allem muß die Lohnbestimmung in der Verbrauchsteuer der Einkommensteuer gleichgestellt werden. Ihre Folge ist heute, daß ein Geschäftsmann, der monatlich 4000 M für seinen Verbrauch aus dem Geschäft zieht, so daß dieses keinen Gewinn weiter abwirft, Einkommensteuer zahlen muß (hört, hört! links). Ehergibt er die Regierung Front machen gegen die maßlose Steuerheke des Landbundes, der auf diese Weise die große Not und das bittere Leid verpassen machen will, das andere Kreise des deutschen Volkes tragen müssen. Wenn eine Schicht das Recht hätte, sich gegen die Steuerlast aufzuheben, dann wären es die Konsumenten, besonders die Lohn- und Gehaltsempfänger (Sehr richtig! hört! links). Die Landwirtschaft aber hat kein Recht dazu, denn sie bringt knapp drei Prozent der gesamten Einkommensteuer auf. (Hört, hört! links.) Aber auch innerhalb der Landwirtschaft ist die Steuerlastung noch ganz verheerend.

Der hadische Kleinbauer zahlt 145 Mark pro Hektar, der ostpreussische Großgutsbesitzer nur 17 Mark (Erneutes Härt, hört! links). Wir fordern deshalb Offenlegung der Steuerlisten, damit die Herren im Osten sich schämen, künftig noch solche Steuererklärungen abzugeben!“

Löbe führt den Landbund ab
Wo nichts zu holen ist und wo die Bauern hingehen müssen
In einer großen mittelschlesischen Umgebung in Breslau beschäftigt sich Paul Löbe mit den Demonstrationen, wie sie vom Landbund in der vergangenen Woche auch in Breslau veranstaltet wurden, wobei Paul Löbe erklärte:

„Freiherr von Richthofen als Bauernführer hat dabei erklärt, er wolle die Bauern revolutionieren und gegen die roten und roten Städte führen. Dagegen hat die Sozialdemokratie nichts einzuwenden. Arbeiter, Arbeitslose, Sozialrentner, Kriegsbeschädigte und der verarmte Mittelstand werden ihnen gegen die Türen öffnen und den Bauern zeigen, daß bei ihnen nichts zu holen ist. Sie werden ihnen ihre blauen Kinder zeigen, die noch viel Milch und Eier von den Bauern brauchen, um gesund und kräftig zu werden. Sie werden ihnen ihre Frauen vorstellen, die den Bauern gern Fleisch und Gemüse abkaufen, wenn sie dazu in der Lage wären. Hierbei können Arbeiter und Bauern netzlos zusammengehen.“

Ergebnislose Reichsbahn- verhandlungen

Ländliche Milchmädchenrechnung
Berlin, 20. März. (Eig. Draht). Die Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des Lohnstreites bei der Reichsbahn, die am Dienstag im Reichsarbeitsministerium stattfanden, haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Die Organisationsvertreter haben vor dem Schlichter, Staatssekretär a. D. Möllenbeck noch einmal ihre Forderungen vorgetragen und eingehend bearbeitet. Sie haben dabei mit besonderem Nachdruck auf Fälle geradezu erbärmlicher Bezahlung in Höhe von etwa 110—115 M im Monat hingewiesen. Die Vertreter der Reichsbahnverwaltung haben dann bei den Parteiverhandlungen wieder mit einer Ueberfülle von Zahlen operiert. Der kurze Sinn ihrer langen Zahlenreihe war: Die Reichsbahnverwaltung macht kein Zugeständnis. Sie lehnt eine Lohnverhöhung nicht nur ab, weil sie angeblich kein Geld dafür hat, sondern — wie die Vertreter der Reichsbahnverwaltung betonten — vor allem deshalb, weil eine Aufbesserung der Löhne sachlich nicht gerechtfertigt sei. Am 7 Uhr abends wurden die Verhandlungen abgebrochen und auf Mittwoch vormittag 10 Uhr vertagt. Voraussichtlich wird es am Mittwoch zu einem Schiedsgericht kommen.

Die Milchmädchenrechnungen der Reichsbahnverwaltung mit allerhand Durchschnittszahlen, die dazwischen liegen, daß eine Erhöhung der Löhne nicht notwendig ist, sind reichlich lächerlich und überflüssig. Die großen Mathematiker der Reichsbahnverwaltung rechnen einfach sämtliche Bezüge, die Ueberstunden, Sonntagsarbeit usw. in Bausch und Bögen zusammen und dividieren dann darauf los. Das mit den dabei herauskommenden Durchschnittszahlen in der Lohnfrage der Eisenbahnarbeiter im allgemeinen, wie in ihren besonderen Gruppen absolut nichts anzufangen ist, liegt auf der Hand. Was im einzelnen von den Zahlen der Reichsbahnverwaltung zu halten ist, zeigt schon ihre Behauptung, daß am Lohn des Arbeiters für die soziale Versicherung heute nur 12,5 Prozent, nicht aber 25—30 Prozent abgezogen würden. Auch der Reichsbahnverwaltung muß doch bekannt sein, daß z. B. vom Bruttolohn in Höhe von 175,01 M an gesetzliche Abgaben von 29,35 M abgehen, so daß ein Nettoverdienst von 145,66 M für den ganzen Monat verbleibt. Dabei ist zu beachten, daß der bei diesem Lohn in Betracht kommende Arbeiter der Lohngruppe V, also noch zu den besserbezahlten Arbeitern gehört. Hinter dieser Lohngruppe kommen noch Tausende von M. tausende Eisenbahnarbeiter mit noch niedrigeren Löhnen bis herunter unter die Steuergrenze. Und angefangen solcher Lohnverhältnisse hat die Reichsbahnverwaltung die Streik zu erklären, eine Lohnverhöhung sei sachlich nicht gerechtfertigt.

Allgemeine Ablehnung der russischen Abrüstungsvorschläge

Genf, 20. März. Nachdem in der heutigen Sitzung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses sich die Vertreter Italiens und Frankreichs gegen die russischen Abrüstungsvorschläge ausgesprochen hatten, nahm der englische Vertreter Lord Cushendun in einem längeren Referat dazu Stellung und kam schließlich zu einer, wenn auch unrichtigen Ablehnung. Er empfahl aber die Prüfung dieser Vorschläge und nicht deren Annahme oder Ablehnung en bloc. Ihre Annahme würde nicht nur die Abänderung und Anpassung der nationalen Gesetzgebung an die Abrüstungskonvention, sondern auch die Abänderung des Völkerrechts erforderlich machen. Lord Cushendun betonte zum Schluss, England sei bereit, auf dem in Washington beschrittenen Wege weiter zu gehen.

Nach ihm kamen auch die Delegierten Japans und Canada zu einer Ablehnung der Vorschläge Litwinows. Sonach hat sich bisher nur Deutschland durch Graf Bernstorff auf seinen Auslandswehrt.

Die Tanagerkonferenz

Paris, 20. März. (Eig. Draht). Die Tanagerkonferenz der vier Mächte begann heute in Paris mit einem feierlichen Frühstück im Quai d'Orsay. Die Verhandlungen sollen etwa 3 Wochen in Anspruch nehmen.

Schwierigkeiten erwartet man in französischen Kreisen lediglich von neuen weitergehenden Forderungen Italiens. Es ist jedoch bisher noch nichts Ähnliches darüber bekannt geworden, ob Italien über die ihm bisher gemachten Zugeständnisse hinaus neue Forderungen für eine größere Beteiligung an der Tanagerverwaltung oder gar für eine gewisse Einflusnahme im französischen Protektorsgebiet in Marokko erheben wird.

Somit muß aber die Tatsache, daß die französischen Mächte aller Richtungen schärfste Befürchtungen hinsichtlich der Stellung Italiens äußern, zu bedenklichen Anlaß geben.

Musikkapelle und Marine

Die Ursache der Offiziersmeuterei
London, 20. März. Nach dem „Daily Express“ ist die Ursache der Zwischenfälle an Bord des „Royal Oak“ in einem Ball zu suchen, der kurz vor der Abfahrt zu den Manövern stattfand. Es waren nämlich zwei Orchester vorgezogen, das offizielle Orchester des Admiralschiffes, bestehend aus Marinekapellern, sowie ein Orchester, das sich aus Offizieren und Matrosen zusammensetzte. Als das letztere Orchester bereits zweimal gespielt hatte, kam der Moment, wo auch das andere Orchester spielen sollte. Es entspann sich nun eine Diskussion, die das Ergebnis hatte, daß das Orchester der Matrosen weiter spielte und das andere Orchester sich überbaupt nicht produzierte. Dieser Vorfall wirkte sich nun auf einer bedeutungsvollen Frage der Disziplin aus, bei der es sich um die Befugnisse des Admirals und des kommandierenden Kapitäns des Admiralschiffes handelte.

Beleidigung Stresemanns

Prozeßentscheidung verlag

Am Dienstag fand vor dem 1. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig unter Vorsitz des Senatspräsidenten Lobe die Revisionsverhandlung gegen den Rechtsanwalt Dr. Richard Müller aus Blauen statt, der von dem Landgericht in Blauen als Berufungsinstanz am 19. Juli 1927 wegen Beleidigung des Reichsaußenministers Dr. Stresemann zu der höchstzulässigen Geldstrafe von 10 000 M. verurteilt wurde. Dr. Müller hat im Jahre 1925 in zwei Briefen an die Deutsche Volkspartei und in einer Tagung des Alldeutschen Verbandes behauptet, Stresemann habe vor seiner Ministerwürde als Reichsaussenminister dem Aufsichtsrat der Cooperator A.G. als Mitglied angehört und dabei die Verschlebung von Ariensmaterial nach Polen zu verhehlen gesucht. Auch habe Stresemann zu Gunsten des Vorsitzenden der Gesellschaft, Witman, in ein schändliches Verfahren eingegriffen und dadurch der Korruption Vorschub geleistet. Die Beweisaufnahme ergab aber, daß diese Behauptungen Müllers erfunden waren, denn den Wahrheitsbeweis konnte der Angeklagte damals nicht antreten. Die Revision des Angeklagten führt sich lediglich auf prozessuale und rechtliche Rügen. Das Gericht kam nach längerer Beratung zu folgender Entscheidung: „Das Urteil der Vorinstanz wird im Strafsauspruch aufgehoben, und zur anderen Straffestsetzung an die Strafkammer des Landgerichts Blauen zurückverwiesen.“

Nationalsozialistischer Landfriedensbruchprozeß

Berlin, 19. März (Eia. Draht). Vor dem Schöffengericht in Lichterfelde bei Berlin begann am Montag der Prozeß gegen die Nationalsozialisten, die am 20. März 1927 einen maßlos rohen Überfall auf die Roten Frontkämpfer begingen. Auf der Anklagebank saßen der Führer, der Führer Willi Schäfer, genannt „Wübbel“, die anderen sechs befanden sich nur einen Monat in Haft. Die Anklage lautet auf Landfriedensbruch, Gewalttätigkeiten gegen Personen, Körperverletzung und Minderberaubung. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei hatte in Trebbin ihre Jahresfeier. In dem Vorortsaus, der die Nationalsozialisten nach Lichterfelde bringen sollte, befand sich auch die Kapelle der Roten Frontkämpfer. Schon unterwegs kam es zu Reibereien. Auf dem Bahnhof Lichterfelde fielen dann 400 Nationalsozialisten über die Roten Frontkämpfer her, während zwei weitere Hundert den Bahnhof von außen bestürmten. Die Polizei war machtlos. Das Ergebnis der Schläge auf dem Bahnhof Lichterfelde waren 21 Verletzte, gegen die und geprügelte Musikinstrumente, demolierte Eisenbahnabteile, mehr als hundert Schottersteine, drei ausgeschlagene Zähne, die später in den Wägen gefunden wurden. Auch trugen zwei Nationalsozialisten Schußwunden davon.

Die Angeklagten behaupten, sich in irgendeiner Weise strafbar gemacht zu haben. Es ist nicht wahr, daß der Angeklagte Schäfer schon beim Bestehen des Bundes in Trebbin gerufen habe: „Schlagt die Hunde tot!“ und daß er mit einem Revolver in der Hand in den Wägen einbrach. Es ist auch nicht wahr, daß die Nationalsozialisten in Lichterfelde die Kommunisten mit Steinen bombardiert hätten. Geschossen hätten nur die Kommunisten. In dem Prozeß sind von der Staatsanwaltschaft hundert Zeugen geladen.

Sensationelle Verhaftung in Basel

Basel, 20. März. In Birsfelden bei Basel wurde heute morgen der unter dem Verdacht der Beteiligung an der Ermordung des italienischen Savorelli in Paris der Journalist Pavaas verhaftet, welcher sagte, der von Paris aus geschickte junge einarmige Italiener zu sein, bezitt aber mit aller Entschiedenheit, den Mord an Savorelli begangen zu haben. Der Verhaftete hatte durch nicht ordnungsgemäße Ausfüllung seines Sotestzettels die Aufnahme der Polizei auf sich gelenkt. Er wurde vorläufig dem Bezirksstaatsanwalt Arlesheim bei Basel ausliefert.

Aktion für den Achtstundentag

Aus Amsterdam wird uns berichtet: Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der dieser Tage hier saß, beschloß, alle ihm angeschlossenen Landeszentralen zu einer Aktion für den Achtstundentag aufzufordern. Die einzelnen Gewerkschaften sollen vor allem bei den aufständigen Regierungen vorstellig werden und dahin wirken, daß ihre Vertreter im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes den Vorschlag der englischen Regierung gegen das Washingtoner Abkommen nicht unterstützen. Außerdem richtete der Vorstand des IGB. einen Prozeß gegen den englischen Vorkonkord an das Internationale Arbeitsamt. Eine Untersuchung über die tatsächliche Arbeitsdauer in den einzelnen Ländern soll von allen dem IGB. angeschlossenen Gewerkschaften in der ersten Oktoberwoche dieses Jahres vorgenommen werden.

Jud Süß

Roman von Lion Feuchtwanger
Copyright by Drei Masken Verlag M.G. München.

(Fortsetzung.)
Die Juden
In den Städten des Mittelmeers, des Atlantischen Ozeans saßen die Juden groß und mächtig. Sie verwalteten den Austausch zwischen Orient und Okzident. Sie langten übers Meer. Sie rüsteten mit der ersten Schiffe nach Westindien. Organisierten den Handel mit Süd- und Mittelamerika. Erschlossen Verkehrswege. Begründeten die Zuckerindustrie des westlichen Erdteils. Legten zur Entwicklung Newworlds die Fundamente.
Aber in Deutschland saßen sie klein und kümmerlich. In vierzehnten Jahrhundert waren sie hier in mehr als dreihundertfünfzig Gemeinden erschlagen, ertränkt, verbrannt, gerädert, erdrosselt, lebendig begraben worden. Die Überlebenden waren zumeist nach Polen ausgewandert. Seitdem saßen sie spärlich im Römischen Reich. Auf sechshundert Deutsche kam ein Jude. Unter raffinierten Placereien des Volkes und der Behörden lebten sie eng, kümmerlich, dunkel, hingegeben jeder Willkür. Unterlag war ihnen Handwerk und freier Beruf, die Vorschriften der Kelter drängten sie in verwinkelten und verwinkelten Schacher und Wucher. Beschränkten sie im Einkauf der Lebensmittel, ließen sie den Bart nicht scheren, steckten sie in eine lächerliche, erniedrigende Tracht. Würstchen sie in engen Raum, verarmelten die Tore ihres Ghettos, überließen sie zu Abend um Abend, bewachten Ein- und Ausgang. Nicht zulammengedrückt saßen sie, sie mehrten sich, aber man gönnte ihnen nicht weiteren Raum. Da sie nicht in die Breite bauen durften, schickten sie in die Höhe, Stadtwert um Stadtwert. Immer enger, düstere, verwinkelte wurden ihre Gassen. Nicht Baum, nicht Gras, nicht Blume hatte Raum; ohne Sonne fanden sie, ohne Luft, einer dem andern im Licht, in diesem, leuchtenerzenden Schmutz. Abgeschnürt waren sie von der freibaren Erde, vom Himmel, vom Grün. Der wehende Wind verding sich in ihren grauen, stinkenden Gassen, die hohen, verachteten Häuser versperrten den Blick auf die liebenden Wälder, die hohe Höhe. Verhüllten sich ihre Männer, ihre schönen Frauen wickten früh, von zehn Kindern, die sie gebären, farbten sieben. Totes, brackisches Wasser waren sie, abgesperrt vom flutenden Leben draußen, abge-

Die Hamburger Regierungs-Koalition

Die Verhandlungen zwischen den drei Regierungsparteien Hamburgs über die Fortsetzung der gegenwärtigen Koalition haben nunmehr ihren Höhepunkt gefunden. Es wurde vereinbart, daß der Senat künftig aus 12 amtlichen und vier halbamtlichen Senatoren bestehen soll. Die sozialdemokratische Partei wird sechs, die Demokraten drei und die Deutsche Volkspartei drei halbamtliche Senatoren stellen. Von den halbamtlichen Senatoren werden zwei der sozialdemokratischen und je einer der demokratischen und der Deutschen Volkspartei angehören. In Bezug auf die Bürgermeistereiämter wurde vereinbart, daß in den Jahren 1928 und 1929 Bürgermeister Dr. Peterjen (Demokrat) erster Bürgermeister bleibt und daß vom 1. Januar 1930 ab ein Vertreter der sozialdemokratischen Partei dieses Amtes übernimmt. Zweiter Bürgermeister wird in den Jahren 1928 und 1929 ein Vertreter der Sozialdemokraten und ab 1. Januar 1930 Bürgermeister Dr. Peterjen.

Der Leninbund revolviert

Die Spaltung in der kommunistischen Bewegung macht weitere Fortschritte. Seitdem unter der Führung der von Stalin abgelenkten Zentrale alle Führer der linken Opposition aus der Partei ausgeschlossen worden sind, gelinert es der KPD zwar wieder, ellenlange Resolutionen und Beschlüsse einmütig zu fassen, aber die Arbeiteropposition ist dennoch nicht tot. In dem ehemaligen Organ der KPD, dem Volkswillen in Suhi, hat sie sich seit dem 1. Januar dieses Jahres ein Reichsorgan geschaffen. Will die Opposition nicht zur politischen Ohnmacht verurteilt sein, dann muß sie zu einer organisierten Zusammenfassung ihrer Kräfte über das ganze Reich hinwegkommen. Diesen Schritt haben die linken Kommunisten unter der Führung des Hamburger Oktoberrevolutionärs Urbahn getan. Auf einer Reichskonferenz in Berlin wurde nach einem politischen Referat, das Gullian Wauer, Berlin, hielt, die Gründung eines Leninbundes beschlossen. In dem Referat wurde mit besonderer Betonung unterstrichen, daß die linken Kommunisten die „neubourgeoische Behauptung“, Sowjetrußland sei ein „gewöhnlicher bürgerlicher Staat“, kategorisch ablehnen. Nach ihrer Auffassung „entwideln sich in den letzten Jahren die kapitalistischen Elemente in Rußland dank der relativen Stabilisierung des Kapitalismus im internationalen Maßstab und dank des von der Komintern eingeschlagenen Kurzes schneller als die sozialistischen“. Trotzdem sei „eine proletarische Diktatur in Rußland noch vorhanden“. Statt der linken Seite, die in Rußland jetzt von einer partiellen Linksopposition und einer verstärkten Sozialisationsoffensive gegen alle revolutionären Elemente begleitet werde, sei eine radikale Wendung des Kurzes, der von der Wursel aus falsch sei, notwendig.

Für diese Kursänderung in Sowjetrußland und in der Kommunistischen Internationale wollen die linken Kommunisten durch die Gründung des Leninbundes arbeiten. In einem Aufruf

lagen sie, daß der Leninbund keine neue Partei sein und auch kein neues Programm aufstellen will. Mitglieder können alle Kommunisten werden, die ausgeschlossen worden sind und die noch der KPD angehören, soweit sie auf dem Boden Lenins stehen, die grundlegenden Beschlüsse der bisherigen 5 kommunistischen Weltkongresse anerkennen und für die Wiedervereinigung aller Kommunisten in Deutschland und in der kommunistischen Internationale kämpfen. In den angenommenen Statuten wird weiter betont, daß dieser Bund international mit allen Gruppen zusammenarbeiten, die auf dem Boden des Leninismus stehen und für die Verteidigung des Sozialismus und für die Wiederherstellung der alten Leninistischen Internationale kämpfen.

Das Hilfsprogramm für die Landwirtschaft

Berlin, 21. März. (Funkdienst). Der Hauptauschuss des Reichsaussenministeriums hat gestern abend das Hilfsprogramm für die Landwirtschaft verabschiedet. Die Verteilung der ausgeworbenen Mittel soll erst Grund von Richtlinien erfolgen, die noch festgelegt werden sollen. Der Hauptauschuss nahm u. a. folgende Entschlüsse an: Die Reichsregierung zu ersuchen, sofort die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Bindungen, Zwangsmaßnahmen und mit Zwangsmaßnahmen belasteten bäuerlichen kleinen und mittleren Betrieben aufzuhalten und die Vermittlungsstellen anzuschließen, sofort die notwendigen Mittel aus dem Reichsregierungs- und Verfügung gestellten Fonds zwecks Umwidmung der hochbelasteten bäuerlichen Betriebe anzufordern.

Die erschwerte bayerische Koalition

Nachdem es der bayerischen Regierungskoalition angeschlossen Bauerbund abgelehnt hatte, die Befolgungsvorgabe anzunehmen, erklärte die sozialdemokratische Landtagsfraktion, daß sie es nicht für möglich sei, die gebotene Selbsthaltung abzugeben, einer Regierung in diesem Zustande Beistand zu leisten. Man darf gespannt sein, was nun die bayerische Regierung tun wird.

Italienischer Karabinieri erschossen

In der Nähe von Ventimiglia (Grenzort gegen Frankreich) ist in der Nacht zum Dienstag ein italienischer Karabinieri erschossen worden. Der Mörder, den man bisher noch nicht feststellen konnte, schoß von dem Dach eines Güterwagens in einem Personenzug auf den Karabinieri. Schon der erste Schuß tötete den Soldaten an der Stelle.

Mussolini lobt das nationale Zentrum

Mussolini empfing gestern die Mitglieder des katholischen nationalen Zentrums und sprach sein Wohlgefallen über dessen Haltung aus.

Gummiknüttel bei der Versteigerung

Folgen der Landbundeshefe

Die gemissten Hege der Landbundeshefe hat zu einer neuen Baucenrolle geführt. Darüber wird uns berichtet:

Am 19. März 1928 war bei einem Landwirt in Langensöls, Kreis Kempten, eine Versteigerung geförderter Gegenstände wegen Steuerrückständen angesetzt. Im Hinblick auf die vom Landbund im Kreis Kempten geführte Bewegung unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung und die wiederholten Aufforderungen, Zwangsversteigerungen nicht ruhig hinzunehmen, hatte der Landrat vorzorglicherweise eine Hilfspolizeitruppe bereitgehalten. Zur Versteigerung selbst waren aus Langensöls und den umliegenden Dörfern circa 800-900 Menschen zusammengeströmt, die die Versteigerung zu verhindern suchten, indem sie durch Herumstehen den Verkehr zum Grundstück hemmten und durch Abhören von Rednern die Tätigkeit der Versteigerungsbeamten erschwerten. Während der Versteigerung hob ein Erwerbsloser auf ein Schwein unter der Toge ab und erhielt den Zuschlag. Der den Kreislandbund Kempten führende Gutsbesitzer Schmalz wies daraufhin die Umstehenden auf den Erwerb des Schweines durch den Erwerbslosen hin und forderte sie auf,

Erwerbslosen in Zukunft keine Arbeit mehr zu geben.

Die Schutzpolizei nahm den Gutsbesitzer darauf in Schutzhaft, weil er die Menge durch sein Benehmen aufhebe. Nun drängte die Menge gegen die Polizeibeamten und das Grundstück vor. Sie mußte schließlich unter Benützung des Gummiknüttels von der Polizei zurückgedrängt werden. Bei diesem Zurückdrängen wurden

einige Beamte von der Menge abgedrängt, jedoch der Führer des Polizeikommandos Befehl gab, die auf dem Wagen bereitgehaltenen Karabiner und Maschinengewehre schußfertig zu machen. Es kam jedoch nicht zur Anwendung der Waffen. Die Versteigerung konnte indes nicht fortgesetzt werden.

Die Deuschnationalen werden natürlich nach wie vor behaupten, die Landbundesführer hätten die erregten Bauern vor Ungehorsamkeiten zurück. In Langensöls hat aber ein Landbundesführer zu Ungehorsamkeiten direkt aufgefördert, was zu beachten und nicht zu vergessen ist.

W.B. Breslau, 20. März. Nach amtlicher Feststellung sind die Meldungen einzelner Blätter über die Vorgänge in Langensöls, Kreis Kempten nicht richtig. Die Schutzpolizei hat zwar von Gummiknütteln Gebrauch machen müssen, aber Verletzte hat es nicht gegeben. Maschinengewehre sind nicht aufgeföhrt worden. Die Schutzpolizei hat überhaupt keine Maschinengewehre mit sich geführt. Regierungspräsident Janitzke hat sich gleich nach Bekanntwerden der Vorgänge an Ort und Stelle begeben, um Sorge zu tragen, daß es zu keinem bei dem anberaumten Versteigerungstermin nicht abge-

Die Finanzämter fordern polizeilichen Schutz

Verstehende thüringische Kreisverwaltungen haben für ihre Vollstreckungsbeamten beim Ministerium des Innern polizeilichen Schutz angefordert, da sich die Landbundespartei „keine Abgaben mehr zu zahlen“, schon fühlbar auswirft.

dünnt von der Sprache, der Kunst, dem Geist der anderen. Did aufeinander haben sie, in übler Vertraulichkeit, jeder kannte jedes heimliche, klatschig, mißtraulich rieben sie sich, die gelächelten Bewusstlichen, schmerzten sie sich wund einer am andern, einer des andern Feind, einer im andern verfaßt. Denn jedes einzelnen kleinster Fehl oder Ungehörigkeit konnte das Unheil aller werden.

Doch mit der höheren Witterung, die sie für das Neue, für das Morgen hatten, spürten sie die äußere Umhüllung der Welt, den Erlas der Geburt und Würde durch das Geld. Sie hatten es erfahren: in Unfähigkeit, Redlosigkeit, Fährnis gab es nur einen einzigen Schild, zwischen lauter wankendem, verlogendem Grund ein einzelnes Feltes: Geld. Den Juden mit Geld hießten die Wächter nicht an den Toren des Ghettos, der Jude mit Geld stank nicht mehr, keine Behörde mehr lehte ihm einen lächerlichen, spitzen Hut auf. Die Fürsten und großen Herren brauchten ihn, sie konnten nicht Krieg und Regiment führen ohne ihn. Die Gräntz und die schwäbischen Herzöge ließen Jaak Landauer und Josef Salk groß und statlich werden; es wuchsen in der Sonne des brandenburgischen Kurfürsten die Eymann Compers und Salomon Elias, am Hofe des Kaisers die Oppenheimer.

Aber die dicke Masse der Gedrückten, Rechtlosen und die einzelnen Mächtigen, die stolzen Juden der Levante und der großen Seestädte, die die Handelsstraßen Europas und der Neuen Welt beherrschten und in ihren Kontoren über Krieg und Frieden entschieden, und die verkommenen, verkommene, niedrigen, lächerlichen Juden des deutschen Ghettos, die jüdischen Leibärzte und Minister des Reiches, des Kaiserreichs, des Sultans von Marokko in Versailles und großen Glanz, und in Dred und Berachtung der lauffen Käbel der polnischen Judenstädte, die Bankiers des Kaisers und der Fürsten, umworben und umhakt in ihren Kabinetten, und der hauserfüllte der Landfräse, mit Hundst absetzt, von den Strahlen und der Polizei in widerwärtige, fommische Erniedrigung gedrückt, alle hatten sie ein sicheres, heimliches Wissen gemein. Wissen war es nicht klar, auszusprechen hätten es nur wenige können, manche hätten sich gegen die deutsche Erkenntnis gewehrt. Aber im Blut hat es allen, im innersten Gefühl, es war da: das tiefe, heimliche, höhere Bewußtsein von der Sinnlosigkeit, der Wandelbarkeit, dem Unwert der Macht. Sie waren solange klein und gering geblieben unter den Wäldern der Erde, zwerghaft, lächerlich in Atome verpufft. Sie wußten, Macht üben und Macht erheben ist nicht das Wirkliche, Wichtige. Zerplitterten nicht einer um den anderen die Kolosse der Gewalt? Aber sie, die Gewaltlosen, hatten der Welt ihr Gesicht gegeben.

Und es wußten diese Lehre von der Gileitheit und Besanlosigkeit der Macht die Großen und die Kleinen unter den Juden, die Freien und die Bedenenen, die Fernen und die Nahen. Nicht mit deutschen Worten, nicht mit mekarem Begriff, aber von Wissen und Gefühl wegen. Dies heimliche Wissen war es, das ihnen plötzlich jenes rätselhafte, milde, überlegene Lächeln um die Lippen legte, das ihre Feinde doppelt reizte, weil sie es als unerklärlich, Freiheit deuteten, und weil all ihr Graus und Warter daran verlor. Dies heimliche Wissen war es, was die Juden einte und verband, einanderküssend, nichts ionst. Denn dies heimliche Wissen war der Sinn des Buches.

Des Buches, ja, ihres Buches. Sie hatten keinen Staat, sie zusammenhielt, kein Land, keine Erde, keinen König, keine gemeinsame Lebensformen. Wenn sie dennoch Eins waren, wenn sie als alle anderen Völker der Welt, so war es das Buch, das sie zusammenhielt. Braune, weiße, schwarze, gelbe Juden, arabische kleine, pruntdene und sermude, gottlose und fromme, sie waren in stillen Stuben ihr Leben verloben und verträumen oder in bigem, goldenem Wirbel herrlich herfahren über die Erde: sie orientiert in ihnen allen war die Lehre des Buches. Wissen aber und die Welt, aber sie ist eitel und halbes nach Wind; Eins aber und einzig ist der Gott Israels, das Seiende, das überweltliche, aber Rational wohl überwachte ihnen das Leben dieses Wortes, aber es ist in jedem, und in den Stunden, wo sie selber wurden, wenn sie starben, war es da, und was von einem zum andern flote, war dieses Wort. Sie schnürten es sich mit Gebetsternen um Herz und Hirn, sie befesteten es an ihre Türen, sie eröffneten mit ihnen ihren Tag und sie schloffen ihn mit ihm; als erstes den Sägen, wie sie lehrten sie das Wort, und der Sterbende verrückte mit dem Wort. Aus dem Wort saßen sie die Kraft, die gebühnten Qualen ihres Wegs zu überdauern. Was und heimlich lächelten sie über die Macht Choms, über seine Kaiserer und den Wahnsinn seines Gesetzes und Getriebes. Dies alles verging; was blieb, war das Wort.

Sie hatten das Buch mit sich geschleppt durch zwei Jahrtausende. Es war ihr Volk, Staat, Heimat, Erbschaft und Besitz. Sie hatten es allen Völkern vermittelt, und alle Völker bekannten sich ihm. Aber die einzelnen rechtmäßigen Besitzer, Erben und Verwalter waren sie allein.

Sechshundertsechshundertdreißtaufenddreihundertundneunzehn Buchstaben hatte das Buch. Jeder Buchstabe war gewiß und gewogen, geprüft und erkannt. Jeder Buchstabe war besetzt mit Leben, Tausende hatten sich martern und töten lassen um jeden

Das badische Finanzministerium vor dem Haushaltsausschuß

Am Dienstag vormittag trat der Haushaltsausschuß des bad. Landtages in die Beratung des Etatsprojekts für das Finanzministerium ein. Vorher wurde der Entwurf eines Gesetzes über die Steuererhebung in den Monaten April bis Dezember 1928 vom Berichterstatter Hrn. Dr. Marum (Soc.) kurz dahin erledigt, daß als einziger Artikel beschlossen wurde, die direkten und indirekten Steuern in der angegebenen Zeit nach den gegenwärtig geltenden Gesetzen und Steuerfüßen zu erheben. — Der Finanzminister gab einleitend bekannt, daß er

Die Auszahlungen der Nachzahlungen mit Genehmigung des Haushaltsausschusses für jene Beamte anordnen, welche ohne weiteres eingezahlt werden können. Diejenigen Beamten aber, über deren Einstufung bindende Entschlüsse noch nicht gefaßt worden sind, sollen zunächst in der Normalgruppe eingestuft und dementsprechend die Nachzahlung berechnet werden. — Nachdem wurden vom Berichterstatter für das Finanzministerium, Hrn. Seufert (Str.), einige Fragen gestellt und Angelegenheiten behandelt, welche zunächst die

Beamtenkrankenkasse betrafen. Das Finanzministerium teilte mit, daß die bis jetzt geltenden Bestimmungen für die einzelnen Beamten insofern im speziellen Sinne abgeschafft werden, als vom badischen Staat der Beamtenkrankenkasse pro Kopf der Versicherten 10 M. pro Jahr überzinsen werden. Das Vorhaben des Finanzministeriums wurde ausserordentlich und hinsichtlich, daß es sich um ein Bedürfnis handelt und man auch jene Krankenkassen nicht ausschließen wolle, die zwar außerhalb Badens sind, aber in Baden eine Geschäftsstelle besitzen. Von den rund 29 000 bad. Beamten sind nur 12 000 versichert. Die Regierung will auch im gewissen Sinne sich Einfluss auf den Geschäftsgang der Krankenkassen sichern. Den bad. Beamten sollen alsdann von den Krankenkassen niedrigere Beiträge gewährt werden. Die Regierung behält einen Satz von 5 M. pro Kopf der Beamten bei, will aber nur in ganz dringenden Fällen einreifen. Die Angelegenheit ist vollzogen, eine heftige Zwischenkränkung wurde nicht errichtet und man hofft, auf diese Weise die Schwierigkeiten, die sich auf diesem Gebiete mannigfaltig ergeben haben, zu beheben. — Weiter wurde vom Referenten nochmals die

Badische Beamtenbank in den Bereich der Erörterung gezogen, da das Finanzministerium das eigentlich zuständige Ministerium ist. Es äußerten sich dazu eine Anzahl Referent; auch die Regierung gab entsprechende Erklärungen ab. Nach mehr als einstündiger Aussprache wurde jedoch mit Mehrheit beschlossen, diese Angelegenheit als vertraulich zu behandeln, so daß sie auch in der Presse nicht weiter erörtert werden kann.

Die Steuerverwaltung Als man nach Beendigung der vorstehenden Aussprache an die Beratung des Vorantrages des Finanzministeriums ging, erfolgte bei der Position: Dienststellenstellen im Ministerium ein Wunsch von 3900 M., die auf 27 000 M. angestiegen ist. — Die Position: Ueberweisung des Ertrages der Gesellschaftsteuer an die Gemeinden im Betrag von 125 000 M. nötigte zum Vergleich mit dem

Anteil Badens am Ertrag der Reichsteuern Da ist als Ueberweisung aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer, sowie aus der Umsatzsteuer vorsehen 98 481 000 M., mehr 11 478 300 M. Wertminderungsweise schloß sich hier keine Debatte bei diesem großen Betrag an, obwohl im Vorantrage die Ueberweisung der Steuern für die Länder und Gemeinden recht genau spezifiziert sind. Bekanntlich tobt seit Monaten der Kampf zwischen dem Reich und den Ländern über die Höhe der Ueberweisungen, denn davon hängt die Finanzsicherung Badens ab. — Als Ueberweisung aus der

Grundbesitzsteuer sind vorsehen pro Budget 1 800 000 M. Hier wurde einstimmig der Antrag angenommen, die Landesregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß in den Fällen, in denen sich durch den Anstieg von Grundbesitzsteuern beim Austausch von landwirtschaftlichen Grundstücken unter Landwirten zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit Härten ergeben, von dem § 108 der Reichs-Verordnungsbestimmung weitgehend Gebrauch gemacht wird.

Steuer- und Landwirtschaftsdebatte Der Haushaltsausschuß des badischen Landtags setzte am Dienstag nachmittag die Beratungen über den Etat des Finanzministeriums fort. Von dem Luftkommun der

Kraftfahrzeugsteuer erhalten die Länder 96 v. H. Das Land Baden kann 1928 mit einem Betrag von 5 218 000 M., für 1929 mit 5 616 000 M. rechnen. Aus der Kennzeichensteuer fließen dem Lande ebenfalls 96 v. H., rund

800 000 M.; aus Ueberweisungen von Gesellschaftsteuern bei wirtschaftlich gebotenen Betriebszusammenschlüssen 125 000 M., aus der Biersteuer 5 742 400 M. (mehr 1 850 400 M.).

Erträge badischer Steuern Die Steuern vom Grundbesitz und vom Gewerbebetrieb sind mit 33 700 000 M. in den Etat eingestellt. Die vorgezeichnete Relation ist folgende: Grundbesitz 68,70 v. H. = 25 900 000 M., Betriebsvermögen 12,47 v. H. = 4 700 000 M., Gewerbebeitrag 18,33 v. H. = 7 100 000 M. Hieron ab zu erlassende und niederzuschlagende Steuerbeträge 4 000 000 M., so daß verbleiben 33 700 000 M. Von deutschvolksparteilicher Seite wird eine andere Relation gewünscht, so daß die Grundsteuer eine Senkung erfährt. — Die Regierung tritt der volksparteilichen Annahme entgegen, daß der Gewerbebeitrag sich um 30 Prozent steigern werde. — Ein Referent des Zentrums polemisiert gegen den volksparteilichen Versuch einer andern steuerlichen Relation, die die großindustriellen Unternehmen entlaste, den gewerblichen Mittelstand aber belaste. — Die Volkspartei tritt dem entgegen, daß seitens der Regierung genaues Zahlenmaterial vorliegt. — Da die Reichsstaatswahlen in Sicht sind, tritt auch der Landbund in die politische Rennbahn. Ein Antrag Aitker schießt den Vogel ab bezüglich der Steuern für die Landwirtschaft. Bei aller Färbung, die man der Landwirtschaft gerne ausgeben lassen will, die Anträge des Landbundes sind allerdings Demagogie. Sie sind Sand in die Augen der Landwirtschaft. — Regierungseits wird mitgeteilt, daß die Rückstände an Realsteuern im letzten Steuerjahr nicht größer sind, wie früher. — Ein sozialdemokratischer Sprecher weist auf die große Arbeit hin, die in den letzten Jahren durch die Finanzämter bewältigt werden mußte. Hilfe und Nachlässe sollten nur für die Bedürftigen, nicht für alle gewährt werden. Es sei verwunderlich, daß bündische Bauernführer nicht dafür zu haben sind, den überhöhten Grogrundbesitz zu erschüttern und Steuern anzuführen. Wünschenwert wäre eine genaue Steuerreform, aus der zu ersehen wäre, wieviel der Landwirt, Handwerker, Gewerbebetreibende, Geschäftsmann und Arbeiter an Steuern entrichtet. — Regierungseits wird bemerkt, daß eine solche Statistik in Bälde erstellt sei und zur Verfügung liege. Von 130 000 selbständigen Landwirten Badens sind insgesamt 97 000 oder 75 Prozent von der Einkommensteuer befreit. Rund 70 Prozent gewerbetreibendste gewerbliche Betriebe sind von der Gewerbesteuer befreit, da der Gewerbebeitrag unter 2500 M. liegt. Solange der steuerfreie Gewerbebeitrag unter 1500 M. lag, waren 40 000 Gewerbebetriebe von dieser Steuer befreit. — Von demokratischer Seite wird bedauert, daß die badischen Kleinlandwirte immer wieder von sogenannten Führern der Bauern für Zwecke der Großbauern mißbraucht werden. — Ein Zentrumsreferent stellt dem Steuerentlastungsantrag Dr. Mattes und Genossen eine Erklärung der Volkspartei entgegen, die diese im Jahre 1924 im Plenum des Landtags verlesen ließ und in der gegen den Versuch einer Ermäßigung der Grund- und Gewerbebesteuerung verwahrt wurde, weil im Staatshaushalt ein unbedeutender Aufwand von 4 Millionen Mark vorhanden war. Da sprach die Volkspartei von einer Finanzpolitik, die sie nicht mitmachen könne. Die Demagogie der volksparteilichen „Steuerermäßiger“ wurde dadurch offenbar. — Die Abstimmung über die Anträge Dr. Mattes und Aitker wird ausgesetzt.

Die **Gebäudebesitzer** sind mit 21 081 200 (mehr 1 779 200) Mark einsehlich. Ein Antrag Aitker, allen rein landwirtschaftlichen Betrieben die Grund- und Gebäudebesitzersteuer für das Jahr 1927 zu erlassen, wird zurückgestellt. Die **Wandergewerbesteuer** beträgt 310 000 M., die **Pflichtsteuer** 2 242 000 (mehr 154 000) M., die **Landsteuer** 325 000 (weniger 25 000) M., die **Grundsteuer** 800 000 (weniger 156 200) M., der **Gemeinanteil an der Badischen Bank** 120 000 M. — Ueber die **Steuern für Hausbesitzer** entspringt sich eine längere Aussprache. Der Landtag hat i. Bz. einen Antrag angenommen, diese Steuer aufzuheben; das Finanzministerium folgte jedoch diesem Beschlusse nicht. Mit diesem Beschlusse des Landtags — die Sozialdemokraten machten nicht mit — wurden die Bauern an der Nase herumgeführt, da schon bei der Beschlußfassung auch für die Antragsteller feststand, daß ihm nicht entsprochen werden könne.

Eine **Petition des Verbandes reisender Kaufleute** Deutschlands, die für Kommissionäre Befreiung von der Gewerbebesteuerung verlangt, soll besonders geprüft werden. Eine Beschlussefassung wird ausgesetzt.

Gewerkschaftsbewegung Lohnforderungen der Gemeinbediensteten

Das Lohnabkommen der badischen Gemeinbediensteten läuft nach einjähriger Dauer am 31. März 1928 ab. Die Gemeinbediensteten Badens haben durch den Verband der Gemeinde- und Staats-

bediensteten dem Arbeitgeberverband badischer Gemeinden Forderungen auf Neuabschluss des Lohnabkommens unterbreitet, die zunächst darin zielen, für die Verkürzung der Arbeitszeit einen Lohnausgleich zu schaffen. Darüber hinaus soll eine Lohnzulage gewährt werden, die eine Anpassung der Lohnsätze an die Teuerungsverhältnisse gewährleisten soll. Die Forderungen werden damit begründet, daß es unmöglich ist, das auf ein ganz geringes Existenzminimum gestellte Wochenlohnverhältnis durch Verringerung der Arbeitszeit zu schmälern. Die Verringerung der Arbeitszeit wird als richtig anerkannt, bringt aber selbstverständlich die Forderung auf den entsprechenden Lohnausgleich.

Die Forderung auf eine weitere Lohnzulage dürfte ebenfalls durchaus in der angelegten Höhe gerechtfertigt sein, da zunächst einmal seit Abschluß der bestehenden Lohnabnahme die Indexziffer eine nicht unbedeutende Steigerung aufweist, darüber hinaus bei den Lohnabnahmen die Indexziffer nicht das getreue Spiegelbild der Teuerungsverhältnisse darstellt. Es handelt sich bei dieser Bewegung um rund 8500 Gemeinbediensteten in Baden.

Lohnbewegung der badischen Staatsarbeiter

Der Lohnvertrag für die badischen Staatsarbeiter läuft am 31. März 1928 ab. Die badischen Staatsarbeiter haben durch ihre Organisation, den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, eine Reihe von Forderungen unterbreitet, die in dem neuen Lohnabkommen ihre Verwirklichung finden sollen. Zunächst wird verlangt, daß die Arbeitszeit auf 48 Stunden zurückgeführt wird. Es wird eine Erhöhung des Lohnes in der Höhe um 20 Prozent gefordert, was einer Erhöhung von 16 3/4 entspricht, wiewohl hieron nur 6 3/4 als Ausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit gebührt. Eine Reihe anderer Forderungen bescheiden eine zeitweilige Minderung des Lohnvertrags. Die Staatsarbeiter stellen diese Forderungen, weil es unmöglich ist, mit den derzeitigen Löhnen eine ordnungsmäßige Existenz der Familie zu sichern.

Die Erhöhung der Beamtengehälter waren eine dringende Notwendigkeit, doch muß hierbei beachtet werden, daß auch der Staatsarbeiter unter den Teuerungsverhältnissen leidet. Es ist die Forderung zu machen, daß die Beamtengehälter, besonders in den unteren Gruppen, nicht voll genügt erhöht werden; um so werden betont der Staatsarbeiter die Forderung auf eine entsprechenden Angleichung an das, was man für die ihnen vergleichbaren Beamtengruppen als unumgänglich notwendig erklärt.

Briefkasten der Redaktion

März 6. Wir mühten uns des Raummanövers wegen wie bei den meisten Sitzungen auf das Stimmungsbild beschränken.

1. **R.** 1. Nach dem Tarif beträgt die Arbeitszeit für kaufmännische Angestellte 51 Stunden pro Woche. Für die 52. und 53. und 54. Stunde wird 1/3 des Monatsgehältes mit 15 Prozent Zuschlag bezahlt. Für die 55. Stunde um 1/3 mit 20 Prozent Zuschlag. 2. Wenn Ihre Schwester nicht tarifarisch entlohnt wird, dann ist aus der Stellung auszutreten, ohne den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung zu verlieren. Erwüngen Sie sich deshalb wie hoch der Tarif für Konfektionsbediensteten ist.

2. **H. D.** Jugendlöhne unter 15 Jahren haben bei der Abstimmung über die Beschäftigungsfrage kein Stimmrecht.

3. **C. M.** 1. Die Nichterfüllung eines Beschlusses bedeutet nicht Beschäftigungslosigkeit, sondern der Wechsel geht zu Protokoll und damit die Verhandlung erfolgt. 2. Von einem Brief C. Frankonia Karlsruher gegen Freie Turnerschaft Aus ist uns nichts bekannt.

3. **Gr. 1.** Die Größe einer Wohnung errechnet sich aus dem Flächenmaß der einzelnen Zimmer. Der Gang kann nur in ganz besonderen Fällen mit einbezogen werden; wenn z. B. der Gang groß ist, daß er beleuchtet und mit Möbeln bestückt werden kann, Kofelt und Keller usw. kommen nicht in Frage. 2. Wenn auf einem Grundstück zwei Mietparteien wohnen, so bezahlt jede Partei die Hälfte der Treppenbeleuchtung. Der Bodenreinigung sum Gemeindefiskus ist natürlich auch mit zu bezahlen.

3. **W.** 1. Wenn Sie durch das Treppentreiben Schaden erleiden und es trotz Abmahnung nicht unterbleibt, so ist Klage beim Gemeindericht notwendig. 2. Wenn die Treppenhausbeleuchtung nicht brennt, braucht der Mieter auch eine Stromgebühr nicht zu bezahlen. Sehen Sie den Hauseigentümer davon in Kenntnis, daß er für etwa entstehende Schäden in dem nicht beleuchteten Einraum verantwortlich ist. Die Birne zu ersetzen ist, wenn sie nicht durch Willkür eines eines Mieter zertrümmert wurde, Sache des Hauseigentümers. 3. Rechtsabstrahungsbücher ist in der Mietverhältnisse 60 Pfg. Wohnen 2 Parteien auf einem Grundstück und für beide nur 1 Lampe vorhanden, so hat jede Partei 30 Pfg. zu bezahlen. Außerdem sind zu bezahlen: Für eine Schaltuhr, wenn sie vorhanden ist, nur allen Wohnungsinhabern zusammen monatlich 60 Pfg. Gemeindefiskus beträgt die Gebühr zusammen 60 Pfg. für einen Glühlampe.

Zur
Einsegnung u. Ostern
praktische Gebrauchszwecke von
bleibendem Wert
Uhren, Gold- u. Silberwaren
Bestecke, echtes Bleikristall
kauft man am besten und billigsten
beim Goldschmied hier
Waldstraße 4, gegenüber der Doanbank
FRIEDRICH ABT
Reparaturwerkstätte Ratenabkommen

Die Gleichstellung eines Teiles der
abgeordneten Gemarung Karlsruhe-
hardt (hauptsächlich Gebiet der Sport-
plätze) mit dem Stadtbezirk Karlsruhe
hinsichtlich des Gewerbebetriebs
im Umhergehen.
Gemäß § 85 Abs. 1 der Gewerbeordnung und
§ 82 der Vollzugsverordnung zur Gewerbeordnung
ergibt nach Anhörung der beteiligten Gemeinde-
behörden und des Bezirksrats folgende
Anordnung:
Der an die Stadt Karlsruhe angrenzende Teil
der abgeordneten Gemarung Karlsruhe-
hardt (hauptsächlich Gebiet der Sport-
plätze) mit dem Stadtbezirk Karlsruhe
hinsichtlich aller im § 85
Abs. 1 Ziffer 1-4 Gewerbeordnung bezeichneten
Arten des Gewerbebetriebs im Umhergehen dem
Stadtbezirk Karlsruhe gleichgestellt.
Die Anordnung tritt am Tage nach ihrer Ver-
öffentlichung in den öffentlichen Zugängen in
Kraft und hat Gültigkeit bis zur Aufhebung der
abgeordneten Gemarung Karlsruhe-
hardt.
Die im Stadtbezirk Karlsruhe wohnhaften Ge-
werbetreibenden sind demnach besagt, in dem oben
bezeichneten Gebiet der abgeordneten Gemarung
Karlsruhe-hardt alle in Ziffer 1-4 des § 85 der
Gewerbeordnung angeführten gewerblichen Betriebs-
arten im Umhergehen ohne den Besitz eines Wan-
dergewerbescheines vorzunehmen.
Karlsruhe, den 15. März 1928. D-3 21
Bad. Bezirksamt - Abteilung IV.

Nimm doch auch Rama
Sie erspart Dir mehr,
als was sie kostet.

Und nicht nur das: Allen Speisen verleiht
sie den Nährwert und den Wohlgeschmack
besten Molkereibutter

Also
Rama
butterfein
1/2 Pfd. kostet 50 Pfg.

STAR RASIER KLINGEN
IN 3 MINUTEN
GLATT RASIERT
sind Sie bei Verwendung des »Star«
Dieser Apparat hat sich glänzend be-
währt. Um noch weiteren Kreisen
Gelegenheit zu geben, die Güte der
»Star«-Apparate u. Klingen zu erpro-
ben, gebe ich einen Original-»Star«-
Apparat mit einer Klinge für 75 Pfg.
ab. Beacht. Sie meine Schaufenster.

Ernst Kratz Solinger Waldstr. 41
Spezialist gegenüber der
Hofapotheke

Solinger Stahlwaren und Schleiferei

Umzüge
befragt am billigsten
und besten 2550
Mulfinger Dorfstraße 8
Teleph. 1708

Gunmann, Schriftenstraße 46.
Möbelpolier, gut erhalten für 20.-
mit neuem Polier, 60.-
Polier für 10.-, 20.-, 30.-, 40.-, 50.-, 60.-, 70.-
Polier für 10.-, 20.-, 30.-, 40.-, 50.-, 60.-, 70.-
Polier für 10.-, 20.-, 30.-, 40.-, 50.-, 60.-, 70.-
Polier für 10.-, 20.-, 30.-, 40.-, 50.-, 60.-, 70.-

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Karlsruhe

Todes-Anzeige
Inseren Mitgliedern die traurige
Mitteilung, daß unser Kollege
Alfons Buse
Erster im Hauptvorstand
auf einer Agitationsreise plötzlich an
einer Blinddarmentzündung im Kranke-
haus in Wittenberg Dienstag früh ver-
storben ist. Alle, die ihn kannten, ver-
missen diesen Verlust für unseren Verband
schmerzhaft empfinden. Ein lieber Kollege
ein unerwarteter Kämpfer für die Sache
des Proletariats ist mit ihm dahingegan-
gen. Wir werden ihm ein ehrenvolles
Andenken bewahren.
2579
Die Erbsverwaltung Karlsruhe.

Ein drittes Opfer hat leider der Vorfall im St. Antoniusheim gefordert, indem eines der an Raucherkräftung erkrankten Kinder gestorben ist. Den anderen, ebenfalls erkrankten Kindern soll es besser ergehen.

Das Fischwasser des „Bodensees“

Auf Gemartung Gaggentein und Krielingen gefangen, ist seit einer Reihe von Jahren immer wieder Gegenstand eines Streites zwischen den Fischern dieses Fischwassers und der Stadt Karlsruhe und warum? Das Fischwasser des Bodensees war bis vor einigen Jahren einer der besten Laich- und Brutplätze des Rheins für die Binnens- und Rheinflüsse, zu beiden Seiten flache Ufer. Es geht das Wasser langsam in Waldgebieten, fließt inmitten von Wald gelegen ist es loszuziehen von Natur aus dem Rheine, den Fischern einen geeigneten Laichplatz zu geben. Dieses Wasser war sehr reichlich und bildete infolgedessen eine bedeutende Erwerbsmöglichkeit der Fischer dieses Bodensees. Mit diesem Fischwasser, aber auch als Laich- und Brutplatz ist es nun vorbei. Bekanntlich hat die Stadt Karlsruhe im Jahre 1911 den Schwemmfloss gebaut, welcher als offener Kanal von Karlsruhe bis zum Bodensee führt und mit Wasser in den Rhein mündet. Es hat sich im Laufe der Jahre und hauptsächlich bei Hochwasser herausgestellt, daß beim Bau dieses Kanals der nördliche Uferdamm von Rheindamm bis zur Mündung in den Rhein nicht mehr als ein Damm, sondern ein Damm mit einem hohen nördlichen Uferdamm errichtet und so nach und nach dieses Wasser total verunreinigt. Durch Einbringen von Schwemmflossmaterial in den Bodensee sind in den letzten Jahren und überhaupt letztes Jahr katastrophale Fischsterben zu verzeichnen, welche heute Fischerei einstellend die Fischerei vernichtet; das dies Fischsterben für die Fischer einen bedeutenden Schaden verursacht, braucht nicht besonders erwähnt zu werden, groß aber auch ist der Schaden, welcher durch Vernichtung der gesamten Fischerei entsteht. Trotz allen Einpruchs wurde die Sache noch nicht behoben. Immer ergebnislos Resultat. Hier in Gegenwart ist man allgemein der Ansicht, daß sowohl das Rheintal, wie auch das Bodenseegebiet in dieser Angelegenheit der Stadt Karlsruhe nicht mehr zur Verfügung steht und daß die Stadt rüchlos schalten kann und darf nach eigenem Gutdünken und daß nach dem Schaden und der Not der Fischer überdauert nichts gefragt wird.

Da auf jede Beschwerde der geschädigten Fischer und persönlichen Hoffnungen bei den betr. Stellen nur Versprechungen und Verzögerungen, niemals aber bare Münze gegeben werden, so muß in dieser Angelegenheit einmal der Weg in die Öffentlichkeit beschritten werden, in der Hoffnung, daß dem geschädigten Fischer alsbald zu ihrem Recht verholfen wird und zwar nicht in dem Schiedsgericht, wie diese Angelegenheit bisher behandelt worden ist. Wenn dies alsdann geschehen, so haben diese Stellen ihren Zweck erreicht.

Table with 4 columns: Berliner Devisennotierungen (Wittelskurs), 19. März, 20. März. Rows include Amsterdam, London, Paris, etc.

Kleine badische Chronik

Reingarten bei Durlach. Vor einigen Tagen hielt der Wand- und Kreditverein seine außerordentliche Generalversammlung, die im Rahmen des 40-jährigen Bestehens stand, ab. Nach Begrüßung der Anwesenden, Friedrich Heppel, erstattete der Kassier nach dem Abschlußbericht, Bilanz und Revisionsbericht, der Kassier nach den Ausführungen des Berichtes des Vorstandes, landwirtschaftliche Genossenschaften in Karlsruhe, Kenner Schaber, war zu entnehmen, daß der ländliche Kreditverein Weingärten im Berichtsjahre sich in allen Teilen sehr gut entwickelt hat. Als eine besonders erfreuliche Tatsache ist zu verzeichnen, daß sich der Spar- und Sparerwerbungsbestand ganz bedeutend erhöht hat. Die Entlastung wurde einstimmig erteilt. Der Reingarten wurde teilweise dem Aufwandsfonds, zwecks freiwilliger Aufwertung der alten Sparleistungen und dem Reingarten ausgeschrieben, nachdem die Geschäftsbücher der Mitglieder eine sehr günstige Betätigung erfahren hatten. In den Vorstand wurden die Herren Friedrich Heppel, Michael Frank, Karl Klüber, Eugen Kramer und Wilhelm Koch (Kassier) einstimmig gewählt. Nach Besprechung verschiedener Vereinsangelegenheiten, insbesondere Erörterung der Toten-, unter welchen sich auch der langjährige und verdiente Kassier Rudolf Hill befindet, wurde der geschäftliche Teil geschlossen. In vorgerückter Abendstunde sprach alsdann der Verbandsvertreter sowohl über die Entwiklung der einzelnen Kreditgenossenschaften, als auch über die Entwicklung des Verbandes und der badischen Landwirtschaftsbank Karlsruhe. Seitens des Verbandes wurden die Herren Nikolaus Karl (einzigste heute noch lebender Gründer), Görner August und Karl Wilhelm für jahreslängliche verdienstvolle Mitarbeit im ländlichen Genossenschaftswesen Ehrenurkunden überreicht. Die gesamte Generalversammlung nahm einen harmonischen Verlauf.

Grünwettersbad bei Durlach. Der Gesangsverein Sünnerheim veranstaltete am Samstag in den Räumen der evangelischen Kirche ein Kirchenkonzert zugunsten der Kleinkinderschule. Der Verein erzielte unter Franz Müllers Stabführung recht ansehnliche Leistungen. Die Mitwirkenden: Frau Maria Söler, Konserthänger aus Karlsruhe und Herr Heinrich Petri, die sich bereits in ihrer Gemeinde einen Namen erworben haben, zeigten sich auch diesmal wieder durch ihre überaus feinsinnigen Vorträge in ihrem vollen Glanze.

Donauschiffen. Sonntagabend wollte der etwa 27 Jahre alte, aus seiner Verheiratung stehende Maurer Rottmeier mit seinem Motorrad in die Karlsrufer einbiegen. Dabei schlug er den Bogen etwas zu weit genommen zu haben und blieb auf dem Nummernblech eines ihm entgegenfahrenden Autos eines Mannes Geschäftsmannes hängen. Bei dem Sturz kam Rottmeier mit seinem Motorrad zu liegen, das ihm den linken Unterarm zerquetschte. Er wurde in das Krankenhaus Donaueschingen gebracht.

Reinigen. In der Scheuer des Theodor Engler Witwe brach Feuer aus, das diese einäscherte und auf das angelegte Wohnhaus übergriff. Dieses trug schweren Schaden davon. Das Vieh konnte gerettet werden, dagegen fielen die Futter- und sonstigen Vorräte in der Scheuer dem Brand restlos zum Opfer, wobei der Schaden erheblich ist. Wie der Brand entstand, ist noch nicht bekannt.

Kirchen-Bausen (M. Ennen). Im Anwesen Immenhofs des Gemeindefiskus Reichmann brach ein Brand aus, der das Konfirmandenhaus samt dem Wohnhaus in Asche legte. Der Schaden wird auf insgesamt 38 000 M. geschätzt. Die Ursache ist noch nicht bekannt.

Bestien in Menschengestalt

Zwei neue schwere Mordbfälle haben sich in Schlefien ereignet. In der Nacht zum Samstag wurde in Wenia-Walditz bei Löwenberg die 30-jährige Frau des Stellmachers Schreiber in ihrem Schlafzimmer ermordet aufgefunden. Die Polizei vermutet, daß als Täter eine Frau in Frage kommt; eine geschilderte Frau Müller ist wegen Tatverdachts bereits verhaftet worden.

Die Ermordete hatte am Abend an einer Geburtstagsfeier teilgenommen. Als sie gegen Mitternacht nach Hause kam, begab sie sich sofort in ihr Schlafzimmer, das im Erdgeschoß liegt. Ihre beiden Kinder, ein siebenjähriges Mädchen und ein vier Jahre alter Knabe schliefen im ersten Stockwerk. Die Kinder fanden die Mutter am anderen Morgen halbangekleidet im Bett liegen; da sie kein Lebenszeichen von sich gab, eilten die Kinder zum Nachbarn und erzählten ihm, daß die Mutter nicht aufstehen wollte und blute. Ein Arzt stellte fest, daß der Frau mit einer Art die Schädeldecke zertrümmert nach dem Betreten in ihrer Wohnung Licht gemacht und sich sofort zur Ruhe begeben. Daß ausgesprochen, setzte sie sich auf den Rand des Bettes. In diesem Augenblick muß der Täter, der sich vermutlich schon vorher in die Wohnung eingeschlichen und dort versteckt gehalten hat, herorgekommen sein und die Frau erschlagen haben. Der Mörder ist unidentifiziert entkommen; er hat die Morbtat mitgenommen. Der Ehemann der ermordeten Frau befand sich zur Zeit der Tat in einer Breslauer Klinik.

Der zweite Mord ist in Grünberg zu verzeichnen. Die 10-jährige Schülerin Margarete Spigal, deren Leiche von einem Zigarettenhändler in einem Graben in Grünberg in Schlefien aufgefunden wurde, liegt in einem Luftbad zum Opfer gefallen zu sein. Die Morbtat erinnert lebhaft an das noch immer ungeklärte Verbrechen, das vor mehr als Jahresfrist in Breslau an den beiden Kindern Erik und Cito Bebie begangen worden ist. Auch Margarete Spigal — ihre Mutter ist Kriegswitwe — ist von der Straße weggeholt worden, als sie sich auf dem Heimwege von der Schule befand. Die Bevölkerung von Grünberg und Umgebung ist in heiler Aufregung. Bisher konnte eine Spur des Täters noch nicht gefunden werden. Man suchte u. a. nach einem Manne, der am Morgen nach dem Mord am Aufwindungsorbe der Leiche herkommen und in der Richtung nach dem Bahnhof ging. Die Fremden ist der Grünberger Zigarettenhändler, der dann später die Leiche fand, befragt. Als der Händler ihn anrief: „Ma Sie kommen noch zum Zug zurecht, der geht erst in 1 1/2 Stunden“, rannte der Mann weiter

nicht geflüht, doch vermutet man, daß in der Scheune Handwerkszeug genäht und vielleicht durch Wegwerfen eines Zigarettenstummels den Brand verursacht haben.

Wahr. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern nachmittags. Das neunjährige Söhnchen des hiesigen Schneeräumers Treßler fuhr mit seinem Kleinstad in Oberweh an einem Auto vorbei. Infolge der vor kurzer Zeit vorgenommenen Erdarbeiten herabfallenden Unebenheiten der Straße ist die Maschine einseitig geneigt, die Krappen Wagnerschritte mühen das Kind unsicher gemacht, jedoch ist schließlich zu Fall kam und von dem Auto hängen erlitten wurde. Der Knabe erlitt erhebliche Verletzungen. An einem der Oberarme wurde das Fleisch förmlich vom Knochen abgetrennt.

Schlacht. In einem von Nacht nach Schlaff fahrenden Auto, in dem sich vier junge Männer befanden, schloß sich der verheiratete K. Stein er aus Singen zu weit aus dem Wagen und erlitt durch einen Zusammenstoß mit einem Baum einen starken Schädelbruch und Gehirnerschütterung. Er mußte in komaähnlichem Zustande ins Krankenhaus nach Engen gebracht werden.

Seibelsberg. In der Nacht zum 20. ds. März hat sich in einer hiesigen Fabrik ein 19 Jahre alter Packer durch Einatmen von Leuchtgas das Leben genommen. Das Motiv zur Tat ist unbekannt.

Mühlhaußen (Amt Wiesloch). Das 5 Jahre alte Söhnchen des Tabakarbeiters Antonj ams hinter einem Handwägelchen seines Vaters her. Plötzlich kam von hinten her ein Personenauto. Ein Erweichener warnte darauf das Kind, das dann links zur Seite sprang und zwar direkt vor das Auto. Der Knabe wurde zu Boden geschleudert, jedoch er sofort tot war. Den Chauffeur soll keine Schuld treffen.

Mannheim. Ein von Edingen kommender Motorradfahrer mit seiner Frau auf dem Soziuslag wollte auf dem Marktplatz in Neustadt die Straßenbahn überholen. Dabei stieß er mit der Elektrischen zusammen. Die Frau erlitt dabei schwere Verletzungen, jedoch sie ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Mannheim. Dienstag früh gegen 7 Uhr wurde in der Rheinbrückenstraße 27 eine 84 Jahre alte Witwe in ihrer Wohnstube neben dem Bett liegend tot aufgefunden. Verschiedene Papiere waren in Brand gesteckt und die Schränke etwas angebrannt. Die Greisin scheint wohl erstickt zu sein. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß ein Verbrechen vorliegt. Man weiß nicht, ob der Täter in der Wohnung Geld vermutet hat, weil die Greisin Eigentümerin des Hauses war.

Zusammenstoß zwischen Güterzug und Kraftwagen

D.3. Rehl, 20. März. Gestern abend 8 Uhr fuhr ein aus Richtung Bodersweier kommender Kraftwagen auf die ordnungsmäßig geschlossene und beleuchtete Schranke am Bahnübergang der Station Rehl und geriet auf die Fahrbahn eines gleichzeitigen Nachtzugs Appenweier kommender Güterzuges. Der Fahrer konnte sich rechtzeitig retten und erlitt nur leichte Verletzungen im Gesicht. Der Kraftwagen wurde ziemlich stark beschädigt.

Erdstoß in Freiburg und Umgebung

Freiburg i. Br., 20. März. Heute abend gegen 6.40 Uhr wurde in Freiburg und Umgebung ein leichter Erdstoß wahrgenommen, der von verhältnismäßig starkem donnerähnlichem Rollen begleitet war. Das Rollen kam aus südlicher Richtung.

Gerichtszeitung

Ein schwerer Anfall

1. Freiburg, 18. März. Mit halbverlorenem Verstand, in Turm Kniebock, den Sowjetern am Rottragen, in wallender Wäbe und Bollbart, ergeht der 27-jährige Richard Blücher auf der Anklagebank der Strafammer. B. stammt aus dem Kreis Rastatt der Provinz Baden, er gibt an, Schriftsteller und Hofmann zu sein und das Gymnasium in Senftenberg besucht zu haben. Seine häufigsten schriftlichen Einlagen und Behauptungen an Gewässerverwaltung und Staatsanwaltschaft wimmeln von orthodoxen Schibern, trotzdem behauptet er, für führende Zeitungen in Berlin und Dresden politische und wirtschaftliche Aufsätze gegen Besatzung geschrieben zu haben. Nachforschungen ergaben, daß er bei den von ihm genannten Zeitungen vollständig unbekannt ist. Aufschließenheit und Verlogenheit hatten bei ihm die Waage, sowjetin glaubt er, sich über alle gesetzlichen Schranken hinwegsetzen zu können. B. hat schwere Bestrafungen hinter sich. In Bautzen saß er für eine in

Das Halsband

In ihm vermutet man den Mörder. Die Leiche des Mädchens war fast vollständig beseitigt. Eine Zunderspur war 2mal um den Hals gewunden. Der Täter muß sein Opfer zunächst durch Schläge auf den Kopf betäubt haben. Als Todesursache ist Ersticken festgestellt worden. Die Schube und die Hote des ermordeten Mädchens wurden im Garten eines Gebäudes in der Nähe des Tatories aufgefunden. Verschiedene Umstände deuten darauf hin, daß das Verbrechen in einem geschlossenen Raum verübt wurde, wo der Mörder Rad- und Schnur zur Hand hatte.

Das Halsband

Die Geschichte kennt bereits eine berühmte Halsband-Affäre Marie-Antoinettes. Jetzt wird nun das merkwürdige Schicksal eines Halsbandes einer anderen Habsburgerin bekannt. In Cannes an der Riviera führte dieser Tage der König von Schweden eine Mrs. Jefferion Davis, die Frau eines englischen Kapitäns, der jetzt als Finanzier in Paris lebt, und als einer der reichsten Männer gilt, zu Tisch. Die Frau trug eine wundervolle Perlenkette; sie bestand aus 200 frischgerohren, hochartigen Perlen von gelber Farbe und labelfastem Glanz. Es war das Halsband der Kaiserin Maria Theresia aus dem Habsburgischen Familienchat, das Frau Jefferion an diesem Abend zum ersten Mal in der Öffentlichkeit zeigte.

Diese Perlen haben eine historische Vergangenheit; sie sind mindestens 300 Jahre alt. Das Halsband war von den Habsburger Agenten aus dem fernen Indien geholt worden. Es erregte die Bewunderung Maria Theresias und wurde nach ihr benannt. Vor dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie im März 1918 schaffte Graf Berchtold in einer Octobernacht die Halskette mit dem übrigen habsburgischen Familienchat über die Grenze. Der im Exil lebende Kaiser Karl kam der Aufforderung der Revolutionsregierung auf Auslieferung der Schmuckstücke nicht nach, verkaufte vielmehr neben sonstigem Familienchat auch die Halskette Maria-Theresias für eine nach europäischem Begriff noch nicht dagewesene Kaufsumme an Jefferion-Davis. Mit dem Erlös wurde der zweite sogenannte Kari-Putsch finanziert und das Ausgese gekauft, das den Erzönig von Zürich nach Westunarn brachte. Dieses Abenteuer endete äußerst glücklich für den thronruhmigen Habsburger; er wurde abgeholt. Die Halskette einer „erlauchten“ habsburgischen Monarchin gehört seitdem einer wenigstens dem Blute nach simplen Frau.

Sachen und der Tischgeschloß abholierte Einbruch-Kundreihe auf einen Schlag dreieinhalb Jahre Gefängnis ab. Er kommt nach der Verbüßung in das badische Oberland und knallt in Emmendingen in angetrunkenem Zustand vier scharfe Schüsse aus einem Revolver. Ueber die Neuenburger Schiffbrücke kam er ein kurzes Stück auf ein französisches Boden, er will zur Fremdenlegation, um dort revolutionäre Ideen zu verbreiten. Zurückgewiesen, wird B. von deutschen Grenzbeamten festgehalten, in welchem Befehl befindet sich ein Fahrad, das einem Gastwirt in einem Dorfe bei Donaubrück gestohlen war.

Das Amtsgericht in Müllheim findet B. des Rückfalldiebstahls, des Falschens und des verbotenen Waffensbesitzes für schuldig und verurteilt ihn zu 10 Monaten einer Woche Gefängnis. Verurteilung beider Teile an die Strafammer; der Beurteilung will frei sein, die Staatsanwaltschaft verlangt, den gemeindefähigen Menschen längere Zeit hinter schweidische Gardinen zu setzen. Die erste Verhandlungstermin mußte vertagt werden, weil der Angeklagte, der sonst auf die Fragen, woher das Fahrad kamme, herumgelaufen wie die Kabe um dem heißen Brei, plätsch behauptete, es im Geschäftshaus in Bremen gekauft zu haben. Diese Angabe erpüpte sich als eine faulstidige Lüge. Mit geschwollenen Phrasen und wegwerfenden Handbewegungen gibt sich B. Mühe, dem Gerichtshof und dem Zuhörerraum zu imponieren. „Ich habe kein Interesse an dem Geheiß, ist stelle mich über das Geheiß. . . ich brauch keinen Paß, ich gehe wohin ich will . . . ich brauche auch keinen Waffenschein . . .“

Die Strafammer wies die Beratung des Angeklagten ab, und von der Ansicht ausgehend, die in Müllheim ausgesprochene Strafe sei zu niedrig, wurde B. zu 15 Monaten Gefängnis, abzüglich 6 Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

Briefkasten der Redaktion

Kirchensteuer. Wegen der Kirchensteuer kann Pfändung erfolgen. Bei Lohnpfändung wegen Steuerforderung ist eine Pfändungsgrenze nicht festgesetzt, sondern es kann soviel gepfändet werden, bis auf den Betrag, den Sie zum Lebensunterhalt notwendig brauchen.

L. G. Die 15 Prozent dürfen nur an der Friedensmiete anzurechnen werden.

Müllvereine Verabhalten. 1. Wenn die Müllgesellschaft gegen Beschaltung muß, dann ist sie auch steuerpflichtig. Können Sie jedoch nachweisen, daß Sie nur aus Idealismus, also ohne Entgelt mülltische Unterhaltung bietet, so ist sie auch von der Steuer befreit. 2. Die Steuer ist zu bezahlen, weil Sie nicht mehr Wohnraum geschaffen haben, wie das alte Haus einhalten hat.

N. Neuburgerweier. Ihr Fall ist kritisch. Auf alle Fälle empfehlen wir Ihnen dringend, eine Eingabe um Arbeitslosenunterstützung an das zuständige Arbeitsamt zu richten. Sollte sie abschlägig entschieden werden, dann reichen Sie Beschwerde beim Spruchsenat des Arbeitsamtes ein.

Oberweier. Eine gesellschaftliche Grundfrage zum Eingreifen existiert nicht, aber greifen Sie doch zur Selbsthilfe und besetzen Sie Müll auf einem anderen Ort. Wir raten Ihnen, sich mit einem Gefrorenen, Schrottrung, Städtische Müllzentrale Karlsruhe, Rähringstraße, in Verbindung zu setzen.

Chefredakteur: Georg Schöpplin. Verantwortlich: Politisch, Freiheit haben, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliche, Aus der Partei, Kleine badische Chronik, Aus Müllbuden, Durlach, Gerichtszeitung, Feuilleton, Fremdenblatt, Hermann Winter; Karlsruhe Chronik, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Briefkasten; Josef Eisele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Samliche Wohnhaft in Karlsruhe in Baden, Druck u. Verlag: Verlagsgesellschaft Volksfreund G.m.b.H. Karlsruhe.

Eröffnungs-Möbelschau Brüder W. Wie bereits am Samstag durch Interat bekanntgegeben, veranstaltet das Möbelhaus Brüder W. & S. W. Kaiserstraße 111, anlässlich der Eröffnung der neuen Ausstellungsräume in laufender Woche eine große Kellamer-Möbelschau mit billiger Kauflegenheit zu Ausnahmepreisen. Wer jetzt oder später Möbel benötigt, sollte die Gelegenheit benutzen und sich einbilden. Ein zu Nichts verpflichtender Besuch überzeugt, das, sowohl für einfache, wie auch für mittlere und bessere Einrichtungen neuerer Modelle wirkliche Ausnahmepreise geboten werden. Daneben werden noch folgende Vorteile gebietet: Lieferung frei Haus (auch nach auswärts), auf Wunsch Zahlungsverleiderung, kostenlose Aufbewahrung gekaufter Möbel bis zum Abzug, Fahr- geldvergütung an auswärtige Käufer.

Herren-Stoffe W. Boländer. Reinwollene Kammgarn-Anzugstoffe Mk. 12.75 14.50 15.50 17.— 19.— usw.

